

Pressekonferenz der KKJPD, 24. Mai 2013, 09:30, Haus der Kantone, Bern

Ausführungen von Staatsrat Pierre Maudet "Verbesserung der Sicherheit"

- Die Schweiz ist stark von der Migration betroffen. Auch wenn diese sehr zum Wohlstand der Schweiz beiträgt, dürfen die Sicherheitsaspekte nicht ausser Acht gelassen werden.
- Der Kanton Genf beherbergt ca. 5'000 Asylsuchende, welche in 17 Zentren untergebracht sind. Mit 570 Personen ist das Asylzentrum „des Tattes“ das grösste Zentrum der Schweiz.
- Auch wenn sich die überwiegende Mehrheit der Asylsuchenden in Genf anständig benimmt, so gibt es doch eine kleine Gruppe von Asylsuchenden – ca. 250 – 300 Personen, die in Bezug auf die öffentliche Ordnung erhebliche Probleme bereiten.
- Seit Anfang des Jahres musste die Polizei mehr als 250 Mal wegen Sicherheitsproblemen eingreifen; dies mehrheitlich in der Umgebung von Asylunterkünften. Insgesamt musste sich die Kantonspolizei mit ca. 750 Asylsuchenden beschäftigen.
- Die Schaffung von Zentren für renitente Asylsuchende ist unabdingbar. Mit diesen Zentren können renitente von den übrigen Asylsuchenden getrennt werden.
 - Für die Bevölkerung bedeutet dies weniger Ruhestörungen
 - Weniger Polizeiinterventionen
 - Bessere Betreuung der Asylsuchenden und bessere Arbeitsbedingungen für das Personal

Im Endeffekt: Sicherheitsgewinn für alle.

- Genf: der Flughafenkanton ist bereit, sich als Standort für ein solches Zentrum zur Verfügung zu stellen, wenn es vom Bund finanziert wird.
- Eine solche Struktur ginge Hand in Hand mit der Erhöhung der Rückschaffungskapazitäten (218 Plätze bis zum Jahr 2021).
- Mit schnelleren Verfahren, wie sie im Massnahmenpaket vorgeschlagen werden und über welche das Volk am 9. Juni abstimmt, kann vermieden werden, dass Asylsuchende lange im Ungewissen leben müssen und nicht wissen, ob sie definitiv in der Schweiz aufgenommen werden oder nicht. Schnellere Verfahren verhindern auch, dass ein kleiner Teil der Asylsuchenden straffällig wird, um sich so den Lebensunterhalt zu sichern.
- Deshalb sind auch die Beschäftigungsprogramme, welche der Bund für Asylsuchende in den Bundeszentren finanziert, eine gute Sache. Damit sind die Asylsuchenden beschäftigt, was verhindert, dass sie sich permanent auf der Strasse aufhalten.
- Dass den Kantonen mit einem Bundeszentrum ein Pauschalbeitrag an die Sicherheitskosten entrichtet wird, ist ebenfalls sehr wichtig. Es zeigt, dass der Bund seine Verantwortung wahrnimmt.
- Die Reform des Asylgesetzes, über welche das Volk am 9. Juni abstimmt, ermöglicht schnellere Verfahren und das ist im Interesse des Asylsuchenden. Die Reform erlaubt es auch, den kleinen Teil der Asylsuchenden besser zu kontrollieren, welcher die Asylpolitik bei der Bevölkerung in Misskredit bringt. Die Revision kann als humanitär, würdevoll und pragmatisch bezeichnet werden.
- Die Reform ist das Ergebnis von gemeinsamen Bemühungen von Bund und Kantonen.